

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 96.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Druckerei für Halle a. S.: Breite Straße 87, Hinterhaus.
Die Halle'sche Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Preis 10 Pfennige. —
Sonderausgabe (Sonntagsblatt). — Preis 10 Pfennige. —
Verleger: Dr. Walter Bebenroth in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abonnementgebühren für die Provinz Sachsen: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Thüringen: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Anhalt: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Pommern: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Ostpreußen: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Westpreußen: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Schlesien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Brandenburg: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Sachsen: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Hannover: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Westfalen: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Rheinland: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Bayern: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Baden: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Württemberg: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Preußen: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Österreich: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Ungarn: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Rumänien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Serbien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Bulgarien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Griechenland: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Türkei: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Persien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Indien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz China: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Japan: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Korea: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Siam: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Indochina: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Philippinen: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Indonesien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Ostindien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Südindien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Ceylon: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Madagaskar: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Australien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Neuseeland: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Südamerika: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Nordamerika: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Mexiko: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Brasilien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Argentinien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Chile: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Peru: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Ecuador: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Kolumbien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Venezuela: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Kuba: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Haiti: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Santo Domingo: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Mexiko: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Brasilien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Argentinien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Chile: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Peru: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Ecuador: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Kolumbien: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Venezuela: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Kuba: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Haiti: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —
Für die Provinz Santo Domingo: Vierteljährlich 3 Mark, halbjährlich 5 Mark, jährlich 9 Mark. —

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Eing. G. Brauhausstr. Telefon 158; Redaktions-Telephon 1272.
Gedruckt bei Dr. Walter Bebenroth in Halle a. S.

Sonnabend, 25. Februar 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernauerstraße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16 290.
Druck und Verlag von Carl Zittel in Halle a. S.

Kautsky unter den Hekern.

Der große und unerschrockene Theoretiker der sozialdemokratischen Partei, Karl Kautsky, hat schon wiederholt bewiesen, daß er je nach den Verhältnissen, kann schreiben rechts und kann auch schreiben links, d. h. daß er, wie es gerade die sozialdemokratischen Agitationsbedingungen erfordern, bald den Revisionisten sein grimmiges Gesicht als Großinquisitor zeigt, bald ihnen wohlwollend lacht. Es ist ja noch nicht lange her, daß er, der scharfe Verfechter des politischen Massenstreiks, sich den Zorn vieler radikaler „Genossen“, namentlich der jugendfertigen Rosa Luxemburg, zuzog, weil er ganz nach revisionistischem Muster die Diskussion des Massenstreiks als einen Fehler bezeichnete und sie in seiner „Neuen Zeit“ verdammen wollte. Eine größere Ueberladung über diese Kautsky seinen revisionistischen Widersachern noch niemals bereitet haben als durch die Darlegung in der neuesten Nummer des genannten „wissenschaftlichen“ Quartals über die Ursachen der Preissteigerung für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Früher hat sich Kautsky fast die Finger wundgeschrieben, um die fetterischen Ansichten der Bernstein, Calmer, Schulz und besonders Schuppels zu widerlegen, die nachwies, daß weder die Schutzzölle noch die agrarische Bevölkerung auf der Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Schuld trügen, sondern daß die Ursachen etwa in der Veränderung der ausländischen Produktionsverhältnisse liegen. Jetzt kommt Kautsky selbst ganz unermittelt — aber wie aus seinen Auslassungen herborragt, lediglich aus Agitationsinteresse — zu diesem Schuppel. Er schreibt, in Westeuropa sei in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts unter dem Druck des amerikanischen Getreides, das geringen Wert hatte und durch fast kostenlosen Kaufbau gewonnen war, und des russischen Getreides, das unter seinem Werte veräußert werden mußte, der Preis des Getreides und anderer landwirtschaftlicher Produkte heruntergegangen. Das Aussehen der Wirtschaft in Amerika, nachher zu treiben und die fortschreitenden Bevölkerungszunahmen in England hätten dann auf dem Weltmarkt die Preise in die Höhe gedrückt und dadurch sei auch in Westeuropa, begünstigt durch den Anstieg der Einfuhrzölle, eine Preissteigerung eingetreten. Dieses und die Steigerung der Produktionskosten seien die Ursachen der Teuerung, die sich seit einigen Jahren wieder bemerkbar machen.

Das alles ist von bürgerlicher und revisionistischer Seite den sozialdemokratischen und liberalen Freihändlern schon längst und häufig vorgehalten worden. Wie kommt es nun, daß Kautsky, der eifrige Verfechter der „wissenschaftlichen“ Freihandelslehre und ihrer fadenbüchigen Argumente, nun selbst auf diesen Boden tritt? Wie kommt es, daß er heute schreibt, was man von ihm noch gelten für unmöglich gehalten hätte? Nämlich: Die Teuerung ist eine internationale Erscheinung; Einschränkung des Militarismus, Erleichterung der Steuerlast, Aufhebung der Schutzzölle können und werden sie mildern, nicht aber völlig beseitigen. Das ist das völlige Gegenteil von dem, was die radikale Sozialdemokratie bisher als „Wissenschaft“ verstanden hatte. Aber Kautsky hat ein neues Agrarprogramm erdacht. Er schreibt, um die Teuerung zu beseitigen ist vor allem die Aufhebung des Privatbesitzes an Grundbesitz an Boden erforderlich.

Man erfährt manchmal selbst in Parteitreiben, so fährt er fort, bei der Propaganda dieser Forderung, da man fürchtet, dadurch die gesamte Bauernschaft gegen uns mobil zu machen. Aber ich glaube, es ist möglich, den Bauern diese Forderung eher noch plausibel zu machen, als die der Aufhebung des Schutzzolls. Wo hier liegt der Hund begraben! Die Forderung der Aufhebung des Schutzzolls kann trotz aller idiosyncrasen „Beweise“, daß der Zoll nur den Großbesitzern nütze, den Bauern nicht plausibel gemacht werden. Und deshalb ist Kautsky darauf verfallen, seine Ideen zu wechseln und die Aufhebung des Privatbesitzes an Boden als Mittelmittel gegen die Lebensmittelteuerung zu proklamieren. Um nun diese Forderung den Bauern plausibel zu machen, redet er diesen — entgegen dem klaren Wortlaut des sozialdemokratischen Parteiprogramms — vor, sie würden als Staatspächter ihre Betriebe weiterführen können. Die Pächter wären für die geringen Besten zu werden, daß sie weniger ausmachen würden als die Hypothekenzinsen, die sie jetzt zahlen müssen.

Wenn das den Bauern die Expropriation — die nach Kautsky zudem gegen volle Entschädigung des Besitzwertes vorgenommen werden soll — nicht plausibel macht, dann hilft überhaupt nichts. Und wir glauben, daß auch mit dem klaren neuesten sozialdemokratischen Agrarprogramm kein Geschäft zu machen ist. Kautsky will der Sache aber auch dadurch noch ein verlockendes Gesicht geben, daß er schreibt, die Kosten und den Anstieg würden eine hohe progressive Einkommens- und Vermögenssteuer bedeuten. Also bei der Verwirklichung seines Planes würden „nicht nur die Proletariat, sondern auch die verschuldeten Bauern gewinnen und nur die Kapitalisten und großen Grundbesitzer verlieren“. Mit einem Rechenstift in der Hand dieses Tempel aufzustellen, würde auch Kautsky nicht imlande sein. Was er hier den Bauern vorredet, das ist

nichts als großer Humbug, nichts als Wortsalat. Dagegen ist es sehr beachtenswert, daß Kautsky sich dazu aufgeschwungen hat, die wirtschaftlichen Ursachen der Teuerung, die eine internationale Erscheinung ist, anzuerkennen. Diese 3 Augustinisten wollen wir für die Reichstagswahlbewegung reservieren.

Deutsches Reich.

* Die Militärvorlage. Am Reichstage wurde am Freitag § 1 der Vorlage über die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres mit 247 gegen 63 Stimmen bei 11 Stimmentzückungen angenommen. (Vergl. den Parlamentsbericht.)

* Die Romreise des Kronprinzenpaares. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Der von uns angeführte Besuch des Kronprinzenpaares zum italienischen Nationalfest in Rom wird von den größten deutschen Zeitungen durchweg sympathisch aufgenommen; eine Ausnahme machen zunächst nur das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“, die in rührender Uebereinstimmung wieder einmal an der Entschlebung der Regierung herummähen, allerdings mit folgendem Unterschied: Die „Voss. Zeitung“ schreibt, die Entschlebung über den Kronprinzenbesuch in Rom sei ein Sieg des Vatikans; das „Berl. Tageblatt“ legt ihm sich selbst aufs Konto. Es wird beiden Blättern überlassen werden können, die Frage, welches von beiden Recht hat, unter sich auszusprechen.

* Der Kronprinz hat dem Jachidul von Bombay, dem viele dort wohnende Deutsche als Mitglieder angehören, einen Hofal als Krenpess gestiftet.

* Der Baronschiff in Sefen und die Sozialdemokratie. In der zweiten heftigen Kammer erklärte gestern, Freitag, Staatsminister Dr. G. auf eine Beschwerde des Sozialdemokraten Ulrich betreffend das Verbot der Teilnahme in Kampagnen gegen die Anwesenheit des Kaisers von Russland:

Die Regierung hätte sich geradezu einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, wenn sie die Verammlung zugelassen haben würde. Sie würde sich mitschuldig gemacht haben der Unvollständigkeit gegen die Schweren der Landesfürsten und diesen selbst. Sie würde sich mitschuldig gemacht haben der Verletzung des elementarsten Gebots des Völkerechts, wie es selbst bei den unsklavierten Völkern gelte, und einer politisch ebenso unglücklich wie moralisch verwerflichen Weisung gegenüber dem Repräsentanten eines großen Volkes. Sie würde sich ferner mitschuldig gemacht haben an den Folgen der Ausbeutung, die in Widerspruch steht mit den Grundsätzen der internationalen Völkerecht des bescheiden und des deutschen Volkes. Die Regierung habe es darum für ihre Pflicht gehalten, die Verammlung an Hand des Gesetzes zu verbieten.

* Die Festung der Eisenbahn beim Transport lebender Tiere. Der „Auf.“ wird geschrieben: Ein reichsgerichtliches Urteil, das am 14. Dezember v. J. erging, bekräftigt sich mit der Festung der Eisenbahn beim Transport lebender Tiere und dürfte inwieweit für die weite Öffentlichkeit besonderes Interesse haben, als entschieden wurde, daß die Eisenbahn nicht für den Schaden haftbar gemacht werden kann, der für die Tiere aus der mit der Beförderung verbundenen besonderen Gefahr entständen ist. Die mit der Beförderung verbundenen Gefahr wird so lange als Unvermeidliches angenommen, bis ein grobachteljähriges oder gar vorläufiges Handeln der Bahnbesitzer zu vermeiden werden kann. Den Anlaß zu diesem Urteil gab die Beförderung zweier Schweinehunde mittels Eisenbahnwagen in einem Käfing mit der Aufschrift: „Lebende Tiere“. Da diese während der Beförderung verendet, so wurde auf Schadenersatz gefordert, wobei geltend gemacht wurde, daß ursprünglich eine Gefährdung durch die Beförderung infolge heftiger Erschütterung festgelegt worden sei, was nur durch grobe Fahrlässigkeit des Bahnpersonals hervorgerufen sein könnte. Die Eisenbahnverwaltung machte demgegenüber geltend, daß die Hunde nicht durch Verenden und Erstickten in dem Gefährdung ungenommen seien, sondern vornehmlich durch Stöße beim Manövrieren und dadurch verursachte Erschütterungen, was mit einer grobachteljährigen Handlung des Personals nichts zu tun habe. Das Reichsgericht Berlin, das Kammergericht und das Reichsgericht wiesen die eingelegten Rechtsmittel zurück.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenshaus.

35. Sitzung vom 24. Februar, 11 Uhr.
Am Ministertisch: Renge, v. Dombösi, Michocis.
Der Etat der Staatskubensverwaltung steht zur zweiten Lesung.

Abg. Wichmann (nl.): Etwas ist wäre Verbesserung der Kaus. schiedsamtswörter.
Ein Kammerherr: Wir tragen dem nach Möglichkeit Rechnung.
Der Etat wird bemittelt.

Seehandlung (Preussische Staatsbank).

Abg. Forster (freistgl.): Die Seehandlung ist noch lange nicht bekannt genug. Sie muß viel mehr an das Publikum herantreten. Ob es in Berlin bei der starken Konkurrenz Zweck hätte, Depotstellen zu bilden, bleibe dahingestellt. Aber in der Provinz sollten man Pflecken gründen. Bis jetzt auch eine Kontrolle der Banken am Wege.

Seehandlungspräsident v. Dombösi: Wir sind bemüht, unseren Geschäftsbetrieb populär zu machen und immer neue Verbindungen mit dem Publikum zu finden. Der Name Seehandlung mag ja dabei ein kleines Hindernis bilden. Aber auch so hat unter Ge-

schäftsbetrieb in den letzten Jahren erheblich zugenommen. An Regsamkeit lassen wir es also nicht fehlen. Aber der Seehandlung als Staatsbank sind auch gewisse Grenzen gezogen. (Sehr richtig! links.) Inwiefern Bankwesen ist gesund. Soweit Wirtschaften vorliegen, ist gesetzlicher Eingriff nicht möglich, sondern es genügt das Wirtschaften der Banken. Die Verwaltung der Depositen haben wir von je gehabt. Aber Pfizilen und Depotstellen in der Provinz zu bilden, würde ich nicht empfehlen. Wir würden sonst den Genossenschaften, Sparkassen und Provinzialbankiers erhebliche Konkurrenz machen. Andere Stellen würden wachsen; ob auch der Vertrag, ist zweifelhaft. Aber die Seehandlung sucht sich auch finden. Die Seehandlung soll also den Depotentwerfer pflegen. Aber mit Pfizilen in die Provinz zu gehen, kann ich nicht empfehlen. (Weißt links.)

Abg. Dr. Krüger (konserv.): Dem Bedenken des Seehandlungspräsidenten gegen Pfizilen der Seehandlung kann ich mich nur anschließen. Diese Pfizilen würden sich nur gegen die mittleren Banken richten, denen das Leben schon schwer genug gemacht ist. Eine staatliche Kontrolle der Banken würde die Wirtschaft des Publikums einschüchtern und damit nur schädlich wirken. Die Bewegungsfreiheit der Banken war eine starke Förderung für die Entwicklung unserer Industrie.

Abg. Forster: Daß die Großbanken die von mir empfohlene Kontrolle nicht haben wollen, ist selbstverständlich. Den Nutzen der Depotstellen für die Industrie verkenne ich nicht. Aber wir sind nicht hier, um einzelne Gruppen zu vertreten, sondern die Allgemeinheit. Das Publikum, das für die Genossenschaften in Betracht kommt, scheidet für die Seehandlung aus. Wohl aber würde mein Vorschlag dazu beitragen, zweifelhafte Banken das Leben zu unterbinden. (Sehr wahr!)

Der Etat wird bemittelt.

Salle und indirekte Steuern.

Abg. Forster (nl.): Im Gegensatz zu den sonstigen Vereinen auf Vereinfachung des Geschäftsangeses ist bei der Verwaltung der Halle das Streben nach Vereinfachung.

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Die höheren Stellen behalte man nicht ausschließlich den Beamten vor, sondern berücksichtige auch die technisch vorgebildeten Beamten. Sind die Anforderungen für die mittleren Beamten nicht zu verfahren?

Abg. Forster (nl.): Ist die in weiten Kreisen vorhandene Verwirrung durch Schaffung von Stellen zu beseitigen, werden die Beförderungsaussichten der mittleren Beamten gefördert, bekräftigt? Der Beamten sollte der einjährige Dienst genau wie allen übrigen Beamten auf das Dienstalter angerechnet werden. Der Wunsch der Oberzollverwaltungen in die 5. Manngasse einzurücken, erscheint berechtigt. Die Zollbeamten wünschen den Wohnungsgeldzuschuß der mittleren Beamten zu erhalten. Wäre der Minister diese Wünsche wohlwollend entgegen. (Weißt.)

Abg. Maib (nl.): Die Regierung erwidert, daß alle Beförderungen der Beamten bei der Verwaltung der Stempelsteuer. Scheinrat Summel: Auch den Wünschen dieser Beamten sind wir entgegenzukommen.

Direkte Steuern.

Abg. v. Hennig-Adelin (nl.): Inwiefern direkten Steuern gehen eine kritische Entwicklung. Unter dem Einfluß der §§ 10 und 20 des Einkommensteuergesetzes ist die Steuerfreiheit beträchtlich gemacht. Nur 48,5 Prozent sind bei den direkten Steuern steuerpflichtig und nur 6 Prozent haben über 3000 Mark Einkommen. Das ausgelegte neue Einkommensteuergesetz ist im Entwurf. Die Steuerkraft der Einkommen wird durch die Zulage beträchtlich erhöht werden, ist fraglich. Die Zulage als solche waren ja ein Privilegium. Werden sie aber in die Stala hineingearbeitet, so ist dies bei den kommunalpolitischen sofort nicht sichtbar. Die Erhöhung der Einkommensteuer ist ja lange nicht so sichtbar wie die Wirkung bei der kommunalpolitischen. (Sehr wahr!) Die Steuerkraft der Einkommen wird durch die Zulage als die des einzelnen Steuerzahlers und das muß auch in der Steuererhebung zum Ausdruck kommen. Der Antrag als Vorsitzender der Steuerkommission muß bleiben. Die Entwidlung der Konsumvereine bedarf besonderer Berücksichtigung; eine Verzögerung in der Verwertung wäre dem Uebel. (Sehr richtig!)

Die Frage der Steuerhinterziehung muß, aller antizipierten Momente entledigt werden. Ziel muß sein, die einkommen Steuer zu schärfen und die Steuerdrückere zu fassen. Hier genügen die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr. Nachdem wir die Anlagepflicht der Arbeitgeber eingeführt und die Kenntnis der Höhe der Beamtengehälter ausgenutzt haben, ist es Ehrenpflicht, auch bei den übrigen Staatsbürgern ihren vorzuziehen. Solche Genauigkeit wird lange nicht so ungenügend empfunden wie Ingenierhaftigkeit und Ungleichheit. Andererseits muß die Deklaration viel strenger gehandhabt werden als bisher. Bei den letzten Landtagswahlen haben ja Ausnahmismomente die Listen einmischen lassen, um für 6 Jahre gerechnet zu sein. Der Gehalts der Beamtengehälter des Vermögenszuges hat etwas Befriedigendes, aber der Gehalt ist doch nicht gangbar. Im übrigen erwarten wir von einem Minister, daß er die den Einzelstaaten verbleibenden Steuerquellen auch wirklich wahr. Auch hinterher würden direkte Steuern im Reich nicht eingeführt werden. Wo bleiben noch Einzelstaaten und Kommunen? Auch das Reich ist zur Wirtschaftsmasse verpflichtet. (Weißt.)

Abg. Forst. v. Rehbil (nl.): Dem Vorkredner stimme ich in wesentlichen zu. Das „Gesetzgebungsamt“ hat stets auf die schwachen Schultern Mühsal genommen. Unerlässlich ist die Selbstdeklaration bei der Ergänzungsteuer. Auch die Gesellschaften sollten stärker gefaßt werden. Der Vermögenszuwachs beträgt im Jahre 875 Millionen Mark. Da sollte sich doch ein Steuerertrag von 25 Millionen ergeben lassen. (Weißt.)

Abg. Dr. Reil (nl.): Wir wollen den Gehalt nicht als Vorwissen der Steuerberatungskommission. Der Vorfall Gehalt wird lediglich die kommende Beförderung des Erbes der Deszendenten antizipieren, die doch die notwendige Ergänzung der Einkommensteuer ist.

Abg. Kirch (Str.): Nachdem der Reichstag die Verkaufssteuer angenommen hat, sind die Steuern den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Warum trägt der Etat der neuen Verkaufssteuer noch nicht Rechnung?

Minister Lese: Bei der Aufstellung des Etats war das Defizit der Verkaufssteuer noch nicht abzusehen. Jetzt haben wir uns natürlich auf die neue Steuer eingerichtet. Die Erbschaftsteuer wird früher dem Reich mitgeteilt werden. Warum sagt uns der Minister nichts über das Aussehen der kommenden Steuerreform? Die Einkommensteuer sollte erst bei 1900 Markt einsehen. Der Gehalt der Vermögenszuwachssteuer ist gut; seine Ausführung wird aber sehr schwer sein. Ist nicht eine Entlastung der Kommunen möglich? Finanzminister Lese: Bei Eingebung des Etats habe ich mich bereits dahin geäußert, daß ich von den Steuererhöhungen materiell nicht lassen würde. Aus einzelnen wird die Einkommensteuerreform erst festgestellt, wenn sich die Finanzlage des kommenden Jahres übersehen läßt. Wenn ich in der Kommission eine Ansicht über die Quotierung der Einkommensteuer abgab, so ist es in der Meinung, die Ansicht der Regierung lagen zu folgen. Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß sich die Quotierung nicht empfiehlt. (Beifall.) Den schwer belasteten Kommunen würde ich gerne helfen, wenn ich nur könnte. Hier würde ich gern praktische Vorschläge hören. Sollte der Etat die Kommunen beteiligen, so müßte er auch Mitbestimmungsrechte haben und dann hätte die Selbstverwaltung der Kommunen auch (Beifall).

Abg. Ströbel (Soz.): Die Einkommen unter 1000 Markt müssen steuerfrei sein. Die leistungsfähigen Schultern können noch viel mehr herangezogen werden. Sonnabend: Fortsetzung. Schluß 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

184. Sitzung vom 24. Februar, 1 Uhr.
Am Bundesratssaal: v. Steering, v. Hermann, v. Bernuth. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Abstimmung über § 1 der Gesetzesvorlage, die eine namentliche Iff und die Annahme mit 247 gegen 63 Stimmen bei 11 Enthaltungen ergibt. Sodann wird der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln im Patentamt in erster und zweiter Lesung erörtert.

Es folgt die Beratung des Militäretats beim Kapitel „Kriegsminister“.

Der Herr Herrgen eine Reihe von Resolutionen vor, u. a. wünscht die Budgetmittel für die Kriegsministerien, insbesondere die Änderungen der Militärbesoldung der Militäranwärter, wobei die Frage der Anstellung von Militäranwärtern geprüft werden soll. Die fortschrittliche Volkspartei erachtet den Reichsanwalt, dahin zu wirken, daß bei der Besetzung militärischer Stellen allein die persönliche Eignung entscheidet, weder eine Bevorzugung des Adels noch eine Zurücksetzung aus politischen oder professionellen Rücksichten erfolgen soll und fernere zu erlangen, auf welche Weise diejenigen Militäranwärter, welche eine hervorragende turnerische Ausbildung besitzen, Vergünstigungen bei der Erfüllung ihrer militärischen Dienstpflicht bewilligt werden können. Eine Zentrumsresolution erachtet den Reichsanwalt, darauf hinzuwirken, daß bei Anfertigung von Besoldungstiteln für die Oberstleutnants dem Reichsanwalt die Handverweigerungsfähigkeit und Annungen besonders berücksichtigt werden. Die anderen Resolutionen betreffen die Verbesserung der Arbeitsbedingung in Militäranwärtern. Eine sozialdemokratische verlangt die Verpflichtung der Lieferungsfirmen in bezug auf Lieferverträge und Arbeitsverhältnisse. Eine Zentrumsresolution verlangt einen Ausbau der Arbeiterkassen in den Militäranwärtern im Sinne des Arbeiterschutzgesetzes und der Sicherung im Arbeitsverhältnis während der Anwartsdauer und der Möglichkeit, in wichtigen Fällen die Wünsche der Arbeiter den höheren vorgeordneten Dienststellen vorzutragen. Eine Resolution enthält eine allgemeine, stetige Verbesserung der Löhne entsprechend dem Werteveränderung am Orte sowie eine Minderung der Arbeiterausfuhr.

Abg. Graberger (Str.): Wir halten eine scharfe Kontrolle durch den Reichstag für notwendig; es muß noch mehr gepart werden. Die Besoldungsvorstellungen müssen eingeschränkt werden, was ja aus einem Punkte des Gesetzes ersicht. Die Ehrengehälter sind zu hoch, die Besoldung für die höheren militärischen Offiziere jetzt auch in Stellen gekommen, die bisher für adlige reserviert waren. Öffentlich spricht der Chef des Militärkabinetts auf diesem Wege fort. Der Kriegsminister sollte Veranlassung nehmen, daß bei Militäranwärtern auch das Dienstalter berücksichtigt wird. Eine Erweiterung der den Anwärtern vorbehaltenen Stellen wünscht ich nicht. Der Reichsanwalt sollte sich mit dem preussischen Sanitätsminister über die Frage der Anstellung von Militäranwärtern ins Einvernehmen setzen. Erfolgreich ist die Annahme der Soldatenmahlpläne, die sich um 70 Prozent vermindert haben. Die Soldaten sollten über die Besoldungsfähigkeit der Anstellung im Fremde auf dem Offizierstand, die Anstellung einzelner Firmen bei Militärlieferungen mit anschließender Einvernehmung werden. Eine kaufmännische Durchführung der technischen Betriebe muß unbedingt verlangt werden.

Abg. Rost (Soz.): Trug unserer Bekannten Stellung zum Militäranwalt muß mir doch eine Reihe von Reformen fordern. Eine Erhöhung der Monatslöcher muß entschieden angelehrt werden. Das Zentrum ist schon bereit, wenn die Löhne noch immer auf dem alten niedrigen Gehe stehen. Damit kommt kein Mann aus. Das ist eine neue drückende Steuer fürs Volk. Bei den Offizieren ist man nicht so fudrig. Die Zahl der Militäranwärter schwillt unheimlich an. Nun hat ein Mitglied der Rechten in der Kommission erklärt, bei der Besoldungsänderung werde sich Gelegenheit bieten, die Militäranwärter unterzubringen. Auf worum die Gehe gegen die Anwesenheit! Das man Unteroffiziere zu Bauern machen will, ist eine Unfläterei; die Leute sind froh, wenn sie vom Lande fort sind. Unter dem gegenwärtigen Kriegsminister geht es aber rückwärts als vorwärts. Die Jugend will noch zum Kuratortum erwachen. Das ist eine verhängnisvolle Bemühung. Die Dienstzeit muß verkürzt werden.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortstr.): Die parlamentarische Kammerbestrebungen der Besoldung sind erfolgreich. Es ist nicht das alleinige Verdienst der Sozialdemokratie, daß die parlamentarische Erhöhung der Jugendlöhne Schritte gemacht hat. Das Verdienst daran hat die deutsche Reichspartei. In unserer Militärverwaltung herrschen große Mißstände. Der Wirtschaftswirtschaft ist ein unangenehmes Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Dem Heere müssen bedeutende Erhöhungen zur Anfertigung gemacht werden. Warum hat die Militärverwaltung solche Anträge vor der Kritik des Offiziersstandes an die Werten des Heeres fließt vermeintlich die neue Zeit. Es sind in der Armee drei Klassen von Regimenten vorhanden. Das muß ein Ende nehmen. Die Vergütung des Adels muß eingeschränkt werden. Das Heer ist nicht dazu da, um eine konservative Professionsmännlichkeit zu treiben. Das Militäranwärterwesen muß einer Reform unterzogen werden.

Kriegsminister v. Steering: Ich bin mit dem Abgeordneten Müller darin einig, daß unser Volkserwartung auf der Grundlage des gleichen Rechts aufgeben werden muß. Ich glaube aber, daß die über die Eingelieferten, wie das zu ersehen ist, schwerlich eine Verbesserung erwarten werden können. Wenn eines notwendig ist, so ist es die unbedingte Festhaltung der Disziplin, des unbedingten Gehorsams im Heere. Denn wir mögen unser Heer ausbilden, so gut wir wollen, wir mögen es

borzüglich behandeln und mit guten Führern versehen, haben wir keine Disziplin in der Armee, dann wird die Armee auch niemals das leisten, was sie vor dem Feinde leisten muß. Eine nichtigste Armee ohne einen Planmäßigkeit (Beifall rechts). Lieber das Ziel sind wir wohlfeillich genug, aber über den Weg, auf dem es zu erreichen sein wird, werden wir uns wohl nur schwer verständigen können. Nun die angelebte Vergütung des Adels. Wir sind durchaus auf dem Wege des Adels, diesen wir früher nicht viel mehr Abzüge dem Heere zuzurechnen hatten. Die Besoldung des Heeres in Offizierskorps, Reichsanwärtern bestehen ja. Berücksichtigen der Gehalt unsichtigen jenseitigen wüßig, gleiches Denken aus. Aber Beschäftigung und Arbeitsstunden werden nicht gebildet. Hauptziel ist die Wahrung der Selbstlosigkeit und Homogenität des Offizierskorps. (Beifall rechts.) Nur das Kapitel der Besoldung werden wir ja noch juristischem. Die Vergütung von Zeugnis in Korpsverfahren ist einanbrei; je soll unabhängig ehrengerichtlichen Verfahren vorgehen. Von besonderer Wichtigkeit ist nicht die Acht. Aber wir wollen auch solche Elemente ausmerzen, die auch nur den Anschein erwecken, als possen sie nicht zum Offizier; daher die Ehrengerichte. Der Entsch des Generals von Wrangels nicht ich lediglich genug Auffassung, die ja die Freiheit der Würdiger untergeben. Der Kaiser, der die Mannmacht der Abgeordneten zumbestrkt, ist aus dem Entsch langit herausgetreten. Darüber aber sind wir wohl einig, daß die Armee auch in ersten Zeiten das Mrkat des Staates bilden kann. (Lebhafter Beifall.)

Ein württembergischer Landeshauptmann geht auf den Fall Mann ein. Mann war verwundet, auch sonst lagen die Verhältnisse von Seiten der Verwundeten ungünstig. Einmalig gefaht haben, wenn die bestehenden Momente, die nachtglich genannt wurden, schon früher der Kenntnis der Korpsstellen unterlegen hätten.

Abg. v. Siebert (Rp.): Die von uns in der Kommission gemachten Angaben lassen erfreulicherweise keinen Zweifel darüber, weshalb der Nachdruck des Offizierskorps gehört ist. Der Gehalts-Vergleich mit den Offizieren ist nunmehr, wie ich oben schon abgemien; er würde die Gehaltsstellen des Offizierskorps ebenfalls führen. Empfindlich aber nicht, daß die jungen Offiziere eine bestimmte Reihe von Jahren in der Armee bleiben? Dafür freilich sollte das Militärkabinett sorgen, daß junge Offiziere nicht dauernd in einsamen Grenzregionen bleiben. Den vorerwähnten Offizieren sollte die Pension nicht monatlich, sondern vierteljährlich ausbezahlt werden. Auf die Entlohnung der platten Landwehr sollte die Heeresleitung Rücksicht nehmen. Die Heereszeit geht nicht in die Statistik der Großtter. (Beifall.)

Die Beratung wird auf Sonnabend vertagt. Schluß nach 6 Uhr.

Ausland.

Rußland und China.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die „Monroe Diktum“ der „Militär“ behaupten, die deutsche Presse frohlockt über den überaus fest offenbar wieder beilegelegten — Interferenzkonflikt zwischen Rußland und China. Es wäre interessant, wenn sich die beiden Mttel der Mithen mllen, Belege für diese Behauptung beibringen.

Das englische Heeresbudget.

Das englische Heeresbudget für das Jahr 1911/1912 beläuft sich auf 27 Millionen Pfund, was eine Verminderung um 70000 Pfund bedeutet. Der Finanzminister Galdone fhrt in seiner Rede aus, die jetzige Besatzung des Heeres habe ihre gewöhnliche Wirkung dahin ausget, den Rekrutenverlust aus einigen Kreisen zu verringern. Er setze jedoch voraus, daß die volle Ertstrke der Armee am 31. März vorhanden sein werde. Es sei Vorsorge getroffen worden, an Stelle des Transports durch Pferde in großem Maße die Transport durch Automobile einzuführen. Dies schließe eine Regulierung des privaten Automobiltransportwesens ein. — Das Budget enthält eine Forderung von 55 000 Pfund für Luftballons und Zeppelin und sieht die Umwandlung der Ballonflotte in ein Luftschiffbattalion vor.

Die Bagdadbahnfrage.

Die Londoner „Wirtschaftliche Gazette“ sagt in einem Leitartikel über die Bagdadbahnfrage aus Anlaß der vorgelegten Erklärung von Sir Edward Grey im englischen Unterhaus, das Reizmittel des Potsdamer Abkommens ist, daß Ruß und sich aus der Angelegenheit zurückziehe. Wenn ein Abkommen über die Zweiglinie nach Bagdad geschlossen sei, würde die Frage des letzten Abschnitts der Bahn, von Bagdad nach dem persischen Golf, in der Hauptache eine Frage zwischen England und Deutschland sein. Aber es sei von großer Wichtigkeit, daß die Frage aus der Atmosphäre der Unerwnsung herausgenommen, die bisher die befreundeten Vermhungen zwischen Ruß und England umgibt, die die Bagdadbahn zu einer „Kontingenz“ werden mt, von der noch nicht gesprochen werden kann. Die Handelsinteressen Großbritannien und Deutschlands sünden sich bei der Vollendung der Bahn, „England“, schlüt das Blatt, „hat ein großes, aber mehreres Interesse an der letzten Etappe. Aber wenn wir aufhören, die Angelegenheit wie ein diplomatisches Spiel zu behandeln, in dem Deutschland und England bernden, einander zu übertrumpfen, so sollte keine Schwierigkeit vorhanden sein, um zu einer geschäftsmäßigen Erledigung zu gelangen.“

Frankreich und die Türkei.

Das trrische Finanzministerium wird 40 Beamte nach Frankreich entsenden, die im französischen Finanzministerium die Einrichtungen des Finanzdienstes studieren sollen.

Die französische Marinevorlage. — Der französische Deputierte Kommer wurde am Freitag der erste Teil der Vorlage 1. der Vorlage, die der jetzigen Regierung im Jahre 1891 erlassen, angenommen, das Abkommen, wodurch die beide Seiten Panzerschiffe auf Staatskosten zu bauen lassen, dagegen abgelt, nachdem von seiten der Bundeskommission das Besprechen abgegeben worden war, daß die folgenden beiden Panzerschiffe von den Staatskosten gebaut werden sollten.

Anslund und Persien.

Der zur Untersuchung der Todesursache des Konsuls in Tiflis, Bojokawentz boorderte Boote der russischen Gefandtschaft in Teheran findet die Annahme, daß ein Verbrechen vorliegt, wohl begründet. Der russische Gesandte teilt mit, daß die russischen Miltr des Kaukasus die Jurisdiktion der russischen Miltr des Kaukasus mit. Der persische Minister des Aueren sprach seine tiefen Entsetzt für diese Zeichen der Groogenheit und des Vertrauens aus und fhrt hinzu, die persische Regierung werde unbedinglich die traditionellen Freundschaftsbeziehungen mit Anslund unterhalten. — Ein trrischer Telegramm aus Teheran meldet uns noch: In der Nacht zum 24. cr. kam es in einer

der Kampftruppen zwischen zwei panzerarmen Parteien, die man für russische Miltrtenen hielt, zu einem Zusammenstoß. Zwei Mann der einen Partei wurden getötet. Man hat Grotto, angenommen, doch es sich um einen Akt der Vergeltung für die Ermordung des Finanzministers Sani ed Dinah handelt.

Die Union und Kanada. Meldungen aus Washington bezeugen: Der Ausschuss des Senats hat dielem über das Abkommen mit Kanada Bericht erstattet, ohne die Abkommen zu empfehlen. Ebenso beschloß das Finanzkomitee des Senats, das Abkommen dem Senat ohne Verantwortung zu überweisen.

Aus Nah und Fern.

Eine ganze Stadt durch Feuer zerstört. Die aus Port-au-Prince gemeldet wird, ist am Donnerstag der Stadt A. u. C. Cayes ein Feuer ausgebrochen, das die ganze Nacht hindurch wutete und die Stadt zerstörte. Die Einwohner leiden beträchtlich, der Schaden ist groß.

50 Personen tot oder verletzt. Nach einer Meldung aus Washington entlegte in der Nähe der Waben-Aufwermer in der Provinz O'Higgins ein Zug auf einer Brücke und stürzte in die unter der Brücke befindliche Schlucht. Die Zahl der getötet und verletzten Personen beträgt 50.

Bei einer Grubenkatastrophe auf Wessens und Leben gekommen. Man meldet aus Evb a (Lignans). Heber eine am 23. cr. auf der Vulkan-Grubenbrcke vorgekommene Grubenkatastrophe wird von der Verhrde mitgeteilt: Zur Eindämmung eines Grubenbrandes errichteten Arbeiter Schutzhuden. Hierbei stürzte das Rahmenwerk zusammen und fiel auf die Arbeiter, von denen acht getötet wurden. Es ist unmöglich, bis zur Unglckssttte vorzudringen.

SechS Erwachsene und zwölf Kinder infolge einer Snnerlawine das Leben eingebt. In dem Dorfe Abige im Gouvernement des Schwarzen Meeres wurde das Schutzhusen durch eine Schneelawine verheerlich. Dabei fanden zwnf Anaben und sechs Erwachsene den Tod.

Die Welt. Die aus Peking berichtet wird, wird jeden Tag ein entsehnender Mrdung der Welt gemeldet. Am 24. cr. sind gemeldet worden 2 Todesfälle aus Peking, 18 aus Harbin, 18 aus Aban, 18 aus Harbin, 1 Todesfall aus Peking. Die Berichte aus der Provinz Schantung sind zwar unbestimmt, doch scheint sich die Lage dort zu bessern. — Eine spätere Meldung aus Petersburg meldet: Am 23. cr. sind in Harbin 24 Todesfälle an der Pest gemeldet worden. In Wladiwostok hat die Provinzialgesundheitskommission beschlossen, gelbe Arbeiter nicht zuzulassen.

Gründliches Familienraube. In Krausenberg bei Walthenberg ermordete der Bergmann Lehmann seine Ehefrau und drei Kinder, indem er ihnen mit einem Rasiermesser den Hals durchschnitt. Darüber berichtete er Selbstmord.

Der Landeshauptmann des Reiches. Der am letzten Dienstag bei Sponner auf der Insel Raulo Landore gefahter Sturm, wurde in allen Stadtteilen Berlins Schaden angerichtet. An der Zeagarstadt lssen sich Teile von dem Dach des Turmes und führen auf die Straße hinab, ohne jedoch Verletzungen zu verheben. Durch die verheerenden Trmmere des Turms wurde ein Neubaus wurde ein schmiedlicher Anbau erheblich verlest. Am West-Allianz wurde ein Mann gegen eine Automobildiebstahl gefaht und erheblich verlest.

Wichtige Auferer in München. In der Nacht nach einer Jagdangstweiser der Bauernallianz kam es auf der Straße zu einer Miltraktion, bei der eine in einem maskierten Unbekannten in der Hand wurde und mehrere Kinder schwerere Verletzungen erlitten.

Revolverfaher. In Wilhelmshafen gab in einer Bar Marineoffizier in Zivil nach einem vorausgegangenen Durch mehrere Revolverfaher auf einen Handlungsreisenden ab, durch die ein Verbrechen leicht verlest wurde.

29 Kneipen geschlossen. Bei San Remo sind 29 Kneipen geschlossen worden, die in der Nacht zum 20. cr. von der Polizei geschlossen wurden. Sie wurden in bedenklichem Zustande in das Spital von Bellino geschickt.

Erdrde. In Mexiko und Umgebung haben neuerdings heftige Erdrde die Bevölkerung in Angst versetzt. In Mexiko sind mehrere Döner eingestürzt.

Die Unterbrechung der Eisenbahn. Der Stadtbauplan von Neuloh hat 108 Studenten gegen Teilnahme an den Unruhen ausgewiesen.

Die polizeiliche Verfassung in Teher. Die geistliche, parlamentarische Verfassung mdelt sich, sowohl im Bereiche des Kampfplatzes als auch im politischen, wie in gewöhnlichen Zeiten ab. Bei allen Staatsverhandlungen und Miltren ist der normale Dienst wieder aufgenommen worden.

Der Brand auf der Wetlandstation. Die zur Untersuchung der Ursache des Brands auf der Wetlandstation in Wuffel eingesehte Kommission hat festgestellt, daß das Feuer jedenfalls durch die Vorrichtung eines Brnders entstanden ist und keinesfalls infolge einer Unvorsichtigkeit oder Unachtsamkeit aufgetreten wäre. Gegenwärtig besteht die Unangewissheit der Ermittlung fest.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Eine Erinnerung an alter Zeit. Aus Laucha wird uns geschrieben: Da jetzt in den Zeitungen oft von der Welt in China die Rede ist, sei an eine Episode erinnert, welche sich vor hundert Jahren unmittelbar vor den Toren unserer Stadt zugetragen hat. Im Mittelalter und darüber hinaus lebte die Welt-Steinheit Europa in Angst und Schrecken. Auch Laucha hatte Pestepidemien. Im Jahre 1681 starben 84, im Jahre 1682 noch 268 Personen. Im Jahre 1681 brach die Pest in dem Städtchen Wittenberg aus und seine näheren Umgebung aus, und es wurden von ihr auch die Dörfer S. Ulrich, S. Ebersdorf, S. G. und S. G. befallen. Diese gehörten damals dem Herrn von Wettinshausen auf Buda. Beim Ausbruche der Pest in Wittenberg hatte der Herr von Wettinshausen sofort einen großen Vorrat von Aufhngel abgefordert, nachdem dies Wittenberg monatelang gedauert hatte, mandirt sich die Einwohner an ihren Gutsbesitzer Georg Christoph von Wettinshausen mit der Bitte um Aufhebung. In Laucha wandte damals der Abbot und Kaiserliche Notar Michael Kobersich, welcher selbst bei Herrn von Wettinshausen auch ein Amt eines Gerichtsrichters bekleidete. Zielen ging Herr v. Wettinshausen in einem Schreiben vom 11. Juli 1681 eine seine Dienste an. Danach möchten sich aus obigen vier Ortschafsten sieben Zeugen am 12. Juli früh vor dem Justizstube auf Wittenberger Gebiet (sodann in dem jetzigen Schleiergarten) einfinden und dem Notar Kobersich vor einer unter einem großen Weinbaum existierenden Wirtin einen „Eurechtlichen Eid“ ablegen, daß seit langem Zeit in ihren Dörfern niemand an der Pest erkrankt oder gestorben wäre. Ingegen waren u. a. ihr Gutsbesitzer Notar Wtner, die Notarherren von Laucha in Wittenberg, Herr v. Wettinshausen selbst. Nachdem das aufgenommenen Protokoll unterzeichnet war, berndete der Notar die Wiedereröffnung des Dörfer, was natürlich große Freude hervorrief.

Die Streikmühle in Weiskirchen.

Gegen etwa 20 Arbeiter und Arbeiterinnen in Weiskirchen...

*

n. Götzen, 24. Februar. (Der Wahlverein Götzen)...

Wittweide, 23. Februar. (Das Technikum Wittweide)...

Kongresse und Ausstellungen.

W. Deutsche Frauenvereine auf der Dresdener Ausstellung.

Landwirtschaftliches.

Nach den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer...

Prämierung bäuerlicher Wirtschaften. Zu dem im Vorjahre abgehaltenen Wettbewerb...

Anerkennung von Gaarkartoffeln. Die Anträge für die diesjährige Anerkennung von Gaarkartoffeln...

Praktische und theoretische Verwaltungshilfen. In der letzten März- oder in der ersten Aprilwoche...

W. Maul- und Klauenseuche. Das Kaiserliche Gesundheitsamt...

Letzte Telegramme.

Die Luftschiffahrt.

Witterfeld, 25. Februar. Die neuerichtete Pariser-Ballonfahrt...

Das Verenden Friedrich Spielhagens.

Berlin, 25. Februar. Friedrich Spielhagen verlebte seinen 82. Geburtstag...

Roth glänzlich beirät.

Spanbau, 25. Februar. Ein Bericht von einer neuen Brücke...

Das Urteil im Prozess des Herrn. von Nächsthofen-Krause.

Paris, 25. Februar. Das Ministerium bleibt voraussichtlich...

W. Die 4 1/2% neue bayerische Eisenbahn- und allgemeine Anleihe...

Börse- und Handelssteil.

Metallmarkt.

Am Berliner Metallmarkt war am Freitag die Tendenz für Kupfer...

W. Die 4 1/2% neue bayerische Eisenbahn- und allgemeine Anleihe...

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel. Hamburg, 23. Febr.

W. Berlin, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Berlin, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. Hamburg, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

W. New-York, 24. Februar. (Nützliche Notierungen der Rohstoffe)...

